

SPD GRASDORF-LUTTRUM

Ausgabe 1/2013



Foto: Helmut Lehmann

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich wünsche Euch ein frohes neues Jahr und alles Gute für 2013!

Politisch steht uns ein spannendes Jahr bevor: Am 20. Januar findet die niedersächsische Landtagswahl statt. Sie bildet den Auftakt des Wahljahres und ich hoffe, sie bringt uns in eine gute Ausgangssituation für die dann vor uns liegende Bundestagswahl. Aber: In erster Linie geht es bei der Landtagswahl um Niedersachsen: „Für ein Niedersachsen, in dem alle Kinder die gleichen Chancen haben, ganz egal, aus welchem Elternhaus sie kommen! Für ein Niedersach-

sen, in dem sich harte Arbeit lohnt! Für ein Niedersachsen, das in all seinen Teilen und für alle seine Menschen eine gute Zukunft hat!“ (Stephan Weil, a.o. Landesparteitag, 10. November 2012)

Der Inhalt dieses Rundbriefes ist wieder gemischt: Die Geschichte unserer Partei darf im Jubiläumsjahr nicht fehlen. Deshalb findet Ihr in dieser Ausgabe wieder Impressionen aus der Geschichte unseres Ortsvereins. Aufgenommen habe ich ferner ein Portrait über Heinrich Wilhelm Ruhnke, Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Hildesheim von 1947 bis 1962 und Mitglied des Deutschen Bundestages

für den Wahlkreis Hildesheim von 1949 bis 1961.

Nachdem ich in die letzte Ausgabe ein Interview mit Hermann Rappe aufgenommen hatte, findet Ihr nun ein Interview mit Bernhard Brinkmann. Angefragt nach einem Namensartikel zu den Herausforderungen des Bundestagswahljahres, hatte Bernhard Brinkmann den Vorschlag gemacht, dieses Thema auch in Form eines Interviews zu behandeln. Ich habe mich über den Vorschlag gefreut und sehr gerne angenommen und hoffe, dass auch dieses Interview Euer Interesse findet.

Euer Sven

Heinrich Wilhelm Ruhnke – Mitglied des Bundestages und Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Hildesheim

Geboren am 21. August 1891 in Jäventitz schlug Heinrich Wilhelm Ruhnke in Erfurt nach dem Besuch der Oberrealschule bis zur Obersekundarreife „1907 bis 1913 die Laufbahn des gehobenen Verwaltungsdienstes bei der Stadtverwaltung Erfurt ein. 1914 bis 1919 war er Kriegsteilnehmer. 1918 wurde er Leiter der Erwerbslosenstelle bei der Stadtverwaltung Erfurt, später auch Rechtsberater in der dortigen Rechtsauskunftsstelle. Nach dem Abitur, das er als Externer an der Oberrealschule in Erfurt ablegte, studierte er Rechts- und Staatswissenschaften in Jena und Halle. Seit 1924 in der Bank und Sparkassenbranche tätig, wurde Ruhnke 1927 Direktor der Verbandssparkasse mit Bankabteilung der Mansfelder Kreise und Städte. 1933 aus politischen Gründen fristlos entlassen, wurde er Handelsvertreter, Prokurist, dann Leiter einer Elektro-Großhandelsfirma in Hildesheim. 1946 ließ er sich als selbständiger Großhandelskaufmann nieder.“ (Rudolf Vierhaus und Ludwig Herbst Hrsg.: Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949-2002. Band 2, N-Z, Saur, München 2002, S. 711)

Heinrich Wilhelm Ruhnke gehörte dem Hildesheimer Stadtrat an. Er war von 1947 bis 1962 Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Hildesheim - in der Zeit des Neuaufbaus der Sozialdemokratie, den Wahlniederlagen von 1949, 1953 und 1957 und schließlich ihrer programmatischen Neuaufstellung, die am ehesten mit dem Bad Godesberger-Parteitag verbunden wird.

Dem Deutschen Bundestag der 1. Wahlperiode gehörte er als direktgewählter Abgeordneter des Wahlkreises 26 (Hildesheim Stadt und Land) an. In der 2. und 3. Wahlperiode wurde er über die Landesliste Mitglied des Deutschen Bundestages. In dieser Wahlperiode war er Mitglied des Ausschusses für Atomfragen bzw. Atomenergie und Wasserwirtschaft.

Im Zusammenhang mit der Beratung des Atomgesetzentwurfes 1957 zitierte ihn der „Spiegel“ aus der Bundestagsdebatte: „Man muß bedenken, daß hier nicht eine wirtschaftliche oder sonstige Macht üblicher Art entsteht, sondern eine solche, die über ein Mittel verfügt, womit sie über Sein oder Nichtsein von Menschen oder eines Staates oder gar aller Staaten entscheidet. Dieser Gesichtspunkt ist für uns maßgebend. Deshalb sind wir der Ansicht, daß Kernbrennstoffe in der Hand des Staates liegen müssen und ihre Verwendung unter Aufsicht des Staates und entsprechender parlamentarischer Kontrolle stehen muß.“ (Spiegel v. 19. Juni 1957, S. 14)

Und er gehörte zu den Gründern der Deutschen Gesellschaft für Atomenergie, einer Organisation, die 1959 zusammen mit weiteren Organisationen das Deutsche Atomforum e.V. gründete und sich 1961 auflöste, und war deren stellvertretender Vorsitzender. Die Hildesheimer Presse berichtete 1961, dass auf seine Veranlassung mehrere Veranstaltungen des Deutschen Atomforums in

Hildesheim stattgefunden hätten. Der frühere (CDU-)Bundesatomminister Dr. Balke wies in seinem Gratulationsschreiben zum 70. Geburtstag von Ruhnke auf dessen Engagement für die Atomwirtschaft hin: „Ihrer Initiative und



Kennen Sie diesen Mann?

Flugblatt Bundestagswahlkampf 1953
Quelle: Archiv der sozialen Demokratie in der Friedrich-Ebert-Stiftung

Es ist der Kaufmann Heinrich Wilhelm Ruhnke. Er hat den Bezirk Hildesheim vier Jahre lang im Bundestag vertreten. Unermüdlich war er für die heimatlichen Belange tätig. Seine wöchentliche



Heinrich Wilhelm Ruhnke in der Sprechstunde

Sprechstunde für jedermann ohne Ansehen der Partei war richtungweisend für das ganze Bundesgebiet. Als Wirtschaftler erfreut er sich in weiten Kreisen großer Sympathien, die er durch sein energisches Eintreten für die Wirtschaft im Hildesheimer Raum noch steigern konnte. Auch seine ehrenamtliche Tätigkeit im Bereich der Industrie- und Handelskammer ist noch in dankbarer Erinnerung. Seine besondere Neigung zur Natur und den da-

Weitsicht verdankt die Atomwirtschaft der Bundesrepublik Ent-

scheidendes.“ (Nachruf in der Hildesheimer Presse, 23. März 1963).

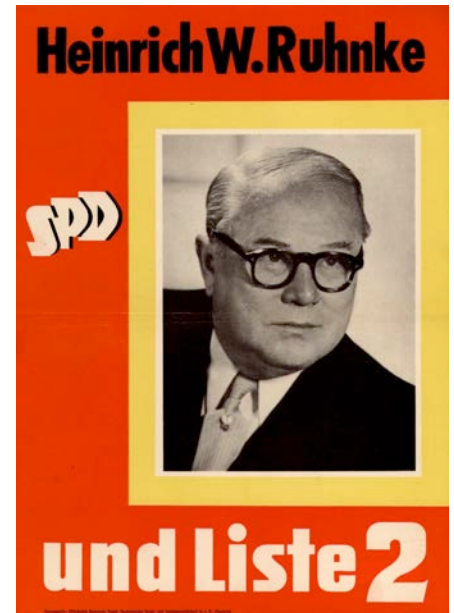
Er war stellvertretender Vorsitzender der 1952 gegründeten Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft. Diese „entstand aus einer Initiative von Abgeordneten aus den Fraktionen der Landesparlamente und des Bundestages die INTERPARLAMENTARISCHE ARBEITSGEMEINSCHAFT (IPA), um dazu beizutragen die parlamentarische Arbeit im Sinne einer freiheitlichen Lebensordnung und sozialer Rechtsstaatlichkeit fruchtbar zu gestalten, sich zwischen den Mitgliedern der Parlamente und Fraktionen unter Beachtung notwendiger Spannungen und Gegensätze als Mittler bereitzuhalten und den Mitgliedern zu helfen, über die Tagesarbeit hi-

„Der Widerspruch unserer Zeit“ - Zum Umgang mit der Atomenergie in den Debatten der SPD

„Das ist der Widerspruch unserer Zeit, daß der Mensch die Urkraft des Atoms entfesselte und sich jetzt vor den Folgen fürchtet“ – so der erste Satz des Godesberger Programms von 1959. Einige Sätze weiter wird das Bekenntnis zur zivilen Nutzung der Atomenergie noch einmal unterstrichen: „Aber das ist auch die Hoffnung dieser Zeit, daß der Mensch im atomaren Zeitalter sein Leben erleichtern, von Sorgen befreien und Wohlstand für alle schaffen kann, wenn er seine täglich wachsende Macht über die Naturkräfte nur für friedliche Zwecke einsetzt.“ Diese Sätze aus dem Godesberger Programm erklären das - aus der heutigen Perspektive schwierige – Engagement Heinrich Wilhelm Ruhnkes für die Atomenergie. Für

nauszudenken und vorausschauend zu handeln. Durch persönliche und sachliche Zusammenarbeit zwischen Abgeordneten unterschiedlicher Parteizugehörigkeit sind Voraussetzungen zu gemeinsamen Initiativen auf den Gebieten, die sich als übergreifend anbieten, zu schaffen.“ (Quelle: <http://www.interparlamentarische.de>)

Heinrich Wilhelm Ruhnke starb am 21. März 1963.



Plakat Bundestagswahlkampf 1957
Quelle: Archiv der sozialen Demokratie
in der Friedrich-Ebert-Stiftung

die SPD der 50er/60er Jahre jedoch war die Atomenergie die Grundlage für eine gesicherte Energieversorgung. Die SPD stand zur zivilen Nutzung dieser Energieform.

Mitte der 70er Jahre bröckelte dieser innerparteiliche Konsens, bereits Ende der 70er Jahre war er zerbrochen: Störfälle, die entstehende Anti-AKW-Bewegung, die Schwierigkeit der Unterscheidung zwischen ziviler Nutzung und militärischer Anwendung, aber auch Zweifel an der Sicherheit dieser Energieform lösten eine intensive Debatte innerhalb der SPD aus. Der Beschluss der SPD von 1986, aus der Atomkraft auszusteigen, kam nicht plötzlich. Er war nicht (nur) eine politische Reaktion auf die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl. Dieser Beschluss hatte eine Vorgeschichte,

die sich entlang der Parteitage von Berlin 1979, München 1982 und Essen 1984 nachvollziehen lässt. Dort hatten bereits intensive Debatten hierzu stattgefunden und dort hatte sich die SPD auf den Weg zum Atomausstieg gemacht.



Das Hamburger Grundsatzzprogramm von 2007 fasst die Debatte zusammen: „Die Atomspaltung erschien vielen als die große Hoffnung auf dauerhaft verfügbare Energie. Sie kann diese Hoffnungen

nicht erfüllen. Ein atomarer Unfall gefährdet Millionen von Menschen. Der atomare Müll ist ein Gefahrenherd für Zehntausende von Jahren. Angesichts neuer terroristischer Bedrohungen ist die Atomwirtschaft eine Gefahrenquelle. Wir verwirklichen den Ausstieg aus der Atomkraft.“

Erinnerung

Mitgliederversammlung unseres Ortsvereins

Samstag, 26. Januar 2013, 16:00 Uhr,
Feuerwehrhaus Grasdorf

Gast: Markus Brinkmann MdL

Ergebnisse der Landtagswahlen und die weitere landespolitische Entwicklung

Ich freue mich auf Euer Kommen!

„...damit wir wieder zu Ergebnissen kommen, die die 40%-Marke schrammen. Das wäre schon ein Traum,...“

Interview mit Bernhard Brinkmann am 4. Dezember 2012

Sven Wieduwilt (SW):

Lieber Bernhard, ich würde gerne anfangen mit einem Rückblick. Du bist seit 14 Jahren Mitglied des Deutschen Bundestages. Was war Dein eindrucksvollstes Erlebnis?

Bernhard Brinkmann (BB):

Da gibt es drei. Erstens: Die ersten Tage und Wochen nach einem grandiosen Wahlsieg waren natürlich für jemanden, der neu ist, genau der richtige Start. Und als ich dann bei der Wahl des Bundeskanzlers mit der Stimmkarte, mit Stimmzettel in die Kabine musste, war es für mich eine große Freude, mein Kreuz bei Gerhard Schröder machen zu können, der dann auch sieben Jahre als Bundeskanzler dieses Land nach vorne gebracht hat. Zweiter Punkt: Wahlkampf 2002. Niemand wusste so genau was kommt. Wir hatten vier Jahre in

Bonn und später in Berlin bestimmte Dinge gemacht, dafür aber nicht die Früchte geerntet. Und dann war das Wahlergebnis von 2002 fast vergleichbar mit 1998, zumindest bezogen auf den Wahlkreis. Damit hatte auch kaum jemand gerechnet, ich auch nicht, wieder jenseits der 50% zu landen. Und der dritte Punkt: Das waren vier Jahre Ausschussvorsitzender im Bereich Rechnungsprüfung, weil man dort viele Kontakte aufbauen konnte zu denen, die dann in der Großen Koalition 2005 bis 2009 Verantwortung getragen haben. Daraus ist auch eine enge Verbindung und - man kann sagen - Freundschaft zu Müntefering und Steinbrück entstanden.

SW: Wenn Du die Jahren noch einmal Revue passieren lassen würdest, was war die wichtigste

Entscheidung, die Du mitgetroffen hast?

BB: Ich bin massiv bedrängt worden, beim konstruktiven Misstrauensvotum die rote Stimmkarte einzuwerfen, also unserem Bundeskanzler, dem wir sieben Jahre den Rücken gestärkt haben, das Misstrauen auszusprechen. Ich habe die blaue Karte eingeworfen als einer von ganz wenigen aus der SPD-Bundestagsfraktion, weil ich immer argumentiert habe, ich kann nicht sieben Jahre die Politik eines Kanzlers, auch den einen oder anderen Fehler, der gemacht wurde, vor Ort erklären und verkaufen und dann, um zu Neuwahlen zu kommen, mich falsch verhalten.

SW: Du hast eben bereits angesprochen, dass Fehler gemacht wurden? Wo lagen Fehler?

BB: In den ersten Monaten von Regierungsübernahme im November 1998 bis zum Frühjahr, zur Hessenwahl hatten wir alle konkreten Wahlversprechen, das ging auch nicht anders, umgesetzt. Allerdings viel zu schnell, man hätte sich da viel mehr Zeit nehmen müssen, weil all das, was da gemacht worden ist, was dann - über Kindergeld, über Rentenreform und dann auch im Bereich der Gesundheitsreform - in den Portemonnaies der Menschen gelandet ist, einfach nicht ankam. Und das erste negative Erlebnis war dann mit wenigen tausend Stimmen der Verlust der Hessenwahl. Das hatte zu dem Zeitpunkt einen gewaltigen Vorteil. Wir kriegten für den, der weggelaufen ist, einen sehr guten Finanzminister.

SW: Der Parteikonvent am 24.11.2012 hat ein Rentenkonzept auf den Weg gebracht. Wie beurteilst Du sowohl die Debatte als auch den Beschluss?

BB: Das Thema Rente oder auch Altersversorgung ist in aller Munde. Manchmal habe ich das Gefühl, es reden zu viele über dieses sehr sensible Thema mit allen Facetten und allen Entscheidungen, die dort zu treffen sind, und wissen eigentlich gar nicht, worüber sie reden. Bismarck hat die Rentenversicherung erfunden und sie gilt auch heute noch. Es gibt auf der ganzen Welt kein besseres Alterssicherungssystem als dieses. Aber es ist eine Umlagefinanzierung. Und wenn weniger da sind, von denen wir die Umlage kriegen, dann

kommt hinten auch nicht mehr ´raus. Dafür reicht Volksschule Dinklar und Volksschule Sauerland, um das an diesem Punkt auch in die richtige Richtung zu bewerten. Die Debatte war erforderlich. Wir haben dort – Gott sei Dank – keinen Abstand genommen von der

ich bekomme noch keine, weil ich bis 65,5 nach jetzigem Gesetz warten muss. Ich bin Sigmar Gabriel sehr dankbar, dass er dafür gesorgt hat, dass ich das jetzt schon mit 60 bekomme, sofern das Gesetz wird, was wir beim Konvent beschlossen haben. Und damit es Gesetz wird, müssen wir die Bundestagswahl gewinnen 2013.

SW: Die Debatte um Rente mit 67, Rentenniveau und andere Fragen haben das Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften in den zurückliegenden Jahren mitbestimmt. Wie schätzt Du das Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften heute ein?

BB: Völlig ohne Not haben wir uns da, das gilt für beide Seiten, ein Stückchen auseinander dividieren lassen. Wir waren einfach nicht bereit, argumentativ diesen Weg dahingehend zu erklären, dass doch die Masse nicht bis 67 arbeiten muss und kann. Wer lange Beitragszeiten hat, 45 Jahre, der kann ja abschlagsfrei

auch schon vorher gehen. Wenn die Menschen mit 18 in den Beruf gehen und man immer arbeitet, das ist natürlich die Voraussetzung, oder immer Beiträge gezahlt hat, dann ist man in der Lage, mit 63 abschlagsfrei in die Rente zu gehen. Lange Beitragszeiten werden belohnt. Das war man auf Gewerkschaftsseite nicht bereit zu akzeptieren. Ich habe viele Debatten und Gespräche auch im Gewerkschaftsbereich geführt, wo es einfach nur darum ging, dass der Dachdecker doch bis 67 nicht arbeiten kann. Die Dachdeckerlehre beginnt mit 17, plus 45 sind 62, also ist das immer noch fünf Jahre früher als die Rente mit 67, wenn sie denn 2029 kommt. Das ist ja noch ganz schön lange hin und bis



Die Kampagne ermöglichte effektive Ansetzung von politischen Ereignissen vor dem Nominierungsparteitag der CDU...



... bis hin zu großteiligen Ereignissen wie der Fußball-WM, die in aus deutscher Sicht ungünstigen für die SPD erfolgreich verlief.

Rente mit 67, die 2029 kommt bei Erfüllen bestimmter Voraussetzungen, noch nie war in einem Gesetz eine Revisionsklausel drin, was die Beschäftigungsquote von über 60jährigen angeht, wir haben die Frage des Rentenniveaus wieder versucht zu erklären, obwohl sie individuell nur für jeden Einzelfall zu erklären ist, und wir sollten um Gotteswillen nicht den Fehler machen und auf bestimmte Aktivitäten der jetzigen Arbeitsministerin hereinfallen, die Durchschnittsrenten nach 35 Beitragsjahren bekanntgegeben hat. 35 Beitragsjahre, wenn ich mit 18 anfangen, gehe ich mit 53 in Rente. Ich wünsche das jedem. Ich habe am 1.7. 45 Jahre voll und wäre schon zuhause und bekäme eine gute Rente, aber

dahin wird es hoffentlich ausschließlich SPD-geführte Bundesregierungen geben. Das war eine emotionale, aber keine sachbezogene Debatte und da hat man irgendwann versäumt, das sagt auch Müntefering heute, sich an einen Tisch zu setzen und zumindest noch einmal den Versuch zu starten, die Entscheidung, notfalls auch mit kleinen Schlenkern, den Betroffenen zu erklären. Das hat wie in vielen anderen Punkten auch daran gefehlt, dass man nicht bereit war, einen Dialog aufzunehmen, ohne Vorurteile und man letztendlich am Schluss bereit gewesen wäre, am Ende einen Konsens zu finden. Schade eigentlich.

SW: Im kommenden Jahr findet die Bundestagswahl statt. Wo siehst Du die Handlungsbedarfe für die SPD im Hinblick auf die Bundestagswahl 2013?

BB: Die große Überschrift muss sein „Keine falschen Versprechungen“ machen. Das ist die große Überschrift: Nur das versprechen,

was auch unter Berücksichtigung der Schuldenbremse finanzierbar ist. Ab 2016 kann man noch ober-

flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns. Wir sollten uns aber nicht an einem Überbietungswettbewerb mit einer bestimmten Partei beteiligen, wenn wir 8,50€ sagen, sagen die 9,50€, wenn wir 9,50€ sagen, sagen die 10,50€. Sondern man muss den Betrag fixieren, in enger Abstimmung mit den Gewerkschaften, das ist auch passiert, das ist auch gut so, und dann muss man das Gesetz in den Deutschen Bundestag einbringen. Allerdings: Wer damit, wie es auch einige tun, manchmal wider besseren Wissens oder auch um Stimmung zu erzeugen, meint, damit auch gleichzeitig die Frage der Altersarmut in Griff zu bekommen, der belügt die Leute. Bei 10€ mal 40 Stunden in der Woche sind 400 mal vier Wochen sind 1600, ist die Rente bei 50% auf Netto dann weit unter heutiger Grundsicherung. Also mit dem Mindestlohn kommen wir dahin, dass die Menschen, die arbeiten, endlich so bezahlt werden, wie sie es verdienen. Aber die Frage der Altersarmut ist damit überhaupt nicht beantwortet. Also müssen wir darauf schauen, dass wir

das umsetzen, was beim Parteikonvent beschlossen worden ist: Wer eine bestimmte Anzahl an Beitragsjahren und eingezahlt hat,

Konkret will die SPD mit ihrem Rentenkonzept:

- das Rentenniveau auf dem aktuellen Stand stabilisieren, um im Jahr 2020 eine Überprüfung von Beitragssätzen und Rentenniveau durchzuführen.
- eine abschlagsfreie Rente für Versicherte auch vor Erreichen des Rentenalters (ab 63 Jahre), wenn sie mindestens 45 Jahre versichert waren
- Abschlüsse bei der Erwerbsminderungsrente verhindern, um einen würdigen Übergang in die Rente zu garantieren für Menschen, die ohne eigenes Verschulden das gesetzliche Renteneintrittsalter nicht erreichen können.
- eine Solidarrente von 850 Euro einführen, die garantiert, dass langjährig Versicherte nach 30 Beitragsjahren (40 Versicherungsjahre) nicht auf staatliche Fürsorge angewiesen sind.
- die schrittweise Erhöhung des Renteneintrittsalters so lange aussetzen, bis die direkt Betroffenen (60 bis 64-jährige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer) mindestens zu 50 Prozent sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind.
- die betriebliche Altersvorsorge massiv unterstützen: durch Beiträge von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und durch staatliche Förderung.

Maßnahmen zur Bekämpfung von Erwerbs- und Altersarmut

Die SPD will durch zahlreiche Maßnahmen verhindern, dass aus heutiger und zukünftiger Erwerbsarmut (geringe Löhne, geringe Rentenbeiträge) eine massenhafte Altersarmut (fehlende Rentenanwartschaften, geringes Rentenniveau) entsteht. Hierzu plant die SPD:

- die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von minimal 8,50 Euro für alle Beschäftigten.
- die Bekämpfung von Leih- und Zeitarbeit - also "gleicher Lohn für gleiche Arbeit".
- die Angleichung der Löhne von Männern und Frauen bei gleicher Beschäftigung.
- massive Investitionen in schulische und betriebliche Ausbildung.
- die Anhebung der Frauenerwerbsquote durch den flächendeckenden Ausbau von Kindertagesstätten

Quelle: www.spd.de

der muss auf jeden Fall mehr kriegen als Grundsicherung. Und das dürfen nicht die 10€ von der von der Leyen sein, sondern müssen nach meiner Überzeugung wenigstens 75€ mehr sein, damit das auch demjenigen, der eingezahlt hat, zugutekommt, gegenüber denen, die nicht einzahlen konnten, wollten oder wie auch immer.

Dritter Punkt: Alle solidarischen Sicherungssysteme, Rente hatten wir schon, Krankenversicherung, Pflegeversicherung, mit Einschränkung auch die Arbeitslosenversicherung, müssen, was eine nachhaltige Finanzierbarkeit und Finanzierung angeht, auf den Prüfstand und man muss schauen, inwieweit man über Steuern, da ist ja auch einiges im Rohr, was auch zu begrüßen ist, Frage der Vermögenssteuer, natürlich nur die private und betriebliche nicht, und auch die Anhebung des Spitzensteuersatzes, inwieweit man das, was über Beiträge zukünftig nicht mehr finanziert werden kann, Stichwort demografische Entwicklung, dann über Steuern finanzieren kann. Und dann muss man auch schauen, dass man im Rahmen des Finanzausgleichs endlich mal diesen großen Schritt macht und den Kommunen das an Geld gibt, was sie brauchen, damit sie nicht weiterhin am Stock gehen. Haben wir alles versucht, das schlimmste haben wir verhindert, während der Zeit der Großen Koalition und auch jetzt danach, als man auf Drängen eines Koalitionspartners in der jetzigen Koalition die Gewerbesteuer abschaffen wollte. Die Gewerbesteuer muss verbreitert werden. Die muss auf eine andere Bemessungsgrundlage. Ich kann doch niemandem im Lande erklären, warum der Maurermeister Gewerbesteuer zahlt und der Rechtsanwalt nicht. Nun will ich nicht alle Rechtsanwälte gegen mich aufbringen, aber die wissen, dass ich

dafür bin, dass Gewerbesteuer, vielleicht auch unter anderen Hebesätzen sprich geringeren dann, auf eine breitere Bemessungsgrundlage kommt, damit die Kommunen aus ihrer Schuldenfalle herauskommen und damit die Kommunen in der Lage sind, wieder alle Aufgaben zu erfüllen, mit Kinderbetreuung angefangen und später dann ansteigende Kosten für Seniorenbetreuung und das dafür Notwendige. Ich glaube, dass ist dann schon ein riesen Paket.

Dazu kommt dann natürlich, man hätte es auch vorne anstellen können, wichtig ist aber auch, im eigenen Land in Ordnung zu bringen, was auch in den letzten vier Jahren von dieser Koalition nicht gemacht worden ist, die europäische Finanz- und Wirtschaftskrise. Also das wird uns noch einige Jahre beschäftigen und wir müssen aufpassen, dass wir nicht immer nur dann agieren oder reagieren, wenn es eigentlich schon zu spät ist. Die jetzige Regierung hat all das gemacht, was die SPD schon im Laufe der letzten zwei Jahre immer zum richtigen Zeitpunkt vorgeschlagen hat – allerdings immer zu spät und nicht mit der Wirkung, die es erzielt hätte, wenn man es rechtzeitig gemacht hätte. Auch hier wünsche ich mir, dass alle mit dazu beitragen können, den Menschen mal sagen, weil die Stimmung ist so, und wenn sie so ist, muss man sie nicht wegdiskutieren, aber man muss erklären, worum es geht,

welche Vorteile hat der Euro für uns gebracht, seitdem es ihn gibt, und welche Nachteile auch. Und wenn man dann eine Skala hat von 1 bis 20 und es sind 14 Vorteile und 6 Nachteile oder 12 zu 8, dann ist das ein klares Ergebnis und das muss man durch die Mangel drehen und den Menschen sagen, wenn wir den Euro nicht hätten, wäre unsere Volkswirtschaft längst nicht da, wo sie

heute ist. Zusammengefasst: Reformen unter Rot-Grün, Stichwort Agenda 2010, nicht alles war richtig, Reformen in der Großen Koalition mit unseren Ministern Steinmeier, Steinbrück und Müntefering und das, was wir dann machen müssen ab 2013, wird zu dem Ergebnis führen,

dass wir in Europa vornewegmarschieren und auf jeden Fall deutlich machen müssen, unsere Bürgerinnen und Bürger haben seit 1990 im Mittelwert jedes Jahr 65 Milliarden für die deutsche Einheit brutto finanziert. Das brauchte keine andere Volkswirtschaft der Welt leisten.

SW: 2013 ist nicht nur das Wahljahr, sondern auch Jubiläumsjahr für die SPD. Was bedeuten „150 Jahre SPD“ aus Deiner Sicht?

BB: Ich habe heute gerade eine Einladung unterschrieben, das heißt dann am 23. Februar 2012 nicht Neujahrsempfang, da ist das erste Quartal ja schon fast vorbei, sondern Jahresempfang der SPD in Stadt und Landkreis Hildesheim mit der Überschrift „150 Jahre SPD



Unser Mann in Berlin

Bernhard Brinkmann

– 150 Jahre Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität“. Und wenn man die 150 Jahre Revue passieren lässt, da wird ja jetzt auch einiges aufgearbeitet, dann hat es die älteste demokratische Partei Deutschlands in den ganzen Jahren und auch bezogen auf das, was in der Zeit 1914/1918 oder auch 1933/1945 war, immer bestens verstanden, die Menschen hinter sich zu scharen. Und musste darunter auch enorm leiden, respektive sind einige auch im KZ gelandet und dabei ums Leben gekommen.

Die Kernfrage für die Zukunft wird sein, wie kann man, trotz 150 Jahre alt, sich diesen Fragen der rasant verändernden Gesellschaft, der modernen Gesellschaft öffnen und dazu beitragen, dass auch junge Menschen Politik verstehen und bereit sind, sich für Politik zu engagieren.

Und der zweite Punkt, der hat in den letzten Jahren auch zu großen Sorgen geführt: Es dürfen nicht die den höchsten Prozentsatz bei den Wahlen erzielen, die nicht hinge-

hen. Die SPD hat es in 150 Jahren verstanden, große Bundeskanzler an die Spitze einer Regierung zu stellen, Brandt, Schmidt, Schröder, Steinbrück – da muss noch viel getan werden -, aber sie muss auch immer daran denken, bei allen Flügelschlägen oder Geklapper, das



da stattfindet, links, Mitte, Seeheim, Netzwerk und was es alles gibt, wir sind eine Partei. Und die aktuellen Meldungen der nächsten Tage werden sein: Frau Merkel mit 98% gewählt, bestes Ergebnis, seitdem sie Vorsitzende ist – natürlich passt das nicht mit der Aussage, dass das die beste Regierung seit der Wiedervereinigung ist, das ist natürlich völlig daneben und in

einer Art und Weise ´übergebracht worden, wie es die Menschen schon richtig verstehen. Zurück zur Ausgangsfrage: Wir müssen viel mehr denn je mit allen modernen Medien, die es gibt, unsere Politik den Menschen erklären, damit wir wieder zu Ergebnissen kommen, die, ich will nicht überheblich werden, die 40%-Marke schrammen. Das wäre schon ein Traum, sowohl für die Niedersachsenwahl als auch für die Bundestagswahl 2013.

Bernhard Brinkmann (Hildesheim), SPD

Geboren am 22. Mai 1952 in Schellerten, Ortsteil Dinklar; römisch-katholisch; verheiratet.

Volksschule, Realschule, Mittlere Reife. 1967 bis 1970 Ausbildung zum Versicherungskaufmann, 1970 Kaufmannsgehilfenprüfung. 1971 bis 1973 Soldat auf Zeit, Panzergrenadierbrigade 1 - Hildesheim, Hauptmann der Reserve.

Seit 1986 leitender Angestellter, Versicherungsdirektor.

Mitglied der AWO, des DRK, des KKV, der Kolpingfamilie Dinklar, von ver.di, im Verein Arbeit und Dritte Welt des DGB, im Freundeskreis der Diakonischen Werke Himmelsthür; Aufsichtsratsvorsitzender der Kurbetriebs GmbH Bad Salzdetfurth, Beirat Deula Hildesheim, Mitglied im Kuratorium der Stiftung Himmelsthür - damit Leben gelingt.

1973 Eintritt in die SPD, 1974 bis 1999 Vorsitzender des Ortsvereins Dinklar; Unterbezirksvorsitzender. Mitglied des Rates der Gemeinde Schellerten, 1980 Vorsitzender der SPD-Fraktion, 1994-2006 1. stellvertretender Bürgermeister der Gemeinde Schellerten; 1986 Wahl in den Kreistag, 1994 bis 1998 Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion.

Mitglied des Bundestages seit 1998. Mitglied im Haushaltsausschuss und im Rechnungsprüfungsausschuss (Unterausschuss des Haushaltsausschusses), dort stellv. Vorsitzender, außerdem stellv. Mitglied im Verteidigungsausschuss.

Quelle: Deutscher Bundestag http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete17/biografien/B/brinkmann_bernhard.html

Aus der Geschichte unseres Ortsvereins - die 70er Jahre

Zum Dank verpflichtet sind wir all den Bürgern in Grasdorf, die nach 1945 sich offen zum Gedankengut der SPD bekannt haben oder im Gemeinderat dafür eintraten. Auch all denen gilt Dank, die immer wieder durch ihre Stimmabgabe bei den Wahlen uns ihr Vertrauen schenken und so diese Aufbauarbeit ermöglichen.

Am 24. April 1965, zu einem Zeitpunkt als die SPD sich anschickte eine Volkspartei zu werden, wurde der SPD-Ortsverein in Grasdorf erneut gegründet.

Die überzeugende selbstlose Arbeit der SPD Ratsherren und die daraus resultierenden sichtbaren Vorteile für unsere Bürger sowie die Ausstrahlung und die Wirkung der SPD als Volkspartei förderten das schnelle Anwachsen der Mitgliederzahl.

Zu den 4 Mitgliedern am Wiedergründungstag kamen immer mehr neue Mitglieder

- bis Ende 1965 = 16
- bis Ende 1967 = 38
- bis Ende 1969 = 51
- bis Ende 1971 = 54
- bis Ende 1973 = 65

so daß der Ortsverein im Jubiläumsjahr 73 eingetragene Parteifreunde zählt.

Zu dem 10jährigen Jubiläum des SPD-Ortsvereins Grasdorf laden wir alle Mitbürger recht herzlich ein und hoffen, sie recht zahlreich bei unseren Veranstaltungen begrüßen zu können.

Der Vorstand

EINLADUNG

mit
FESTPROGRAMM
 anlässlich des
 10-jährigen Jubiläums
 der
NEUGRÜNDUNG
 des
 SPD-Ortsvereins Grasdorf
 vom 20. bis 22. Juni 1975

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
 Ortsverein Grasdorf

19. September 1972 St.

E i n l a d u n g
 =====

Hiermit laden wir Sie herzlichst zum

E r n t e b a l l
 =====

am S o n n a b e n d, 30. September 1972 im Gasthaus
 "M e r l i" ein.

B e g i n n: 20.00 Uhr

Es spielt zum Tanz

"Das Medic Trio"

Der Vorstand
 gez. S c h a p e r

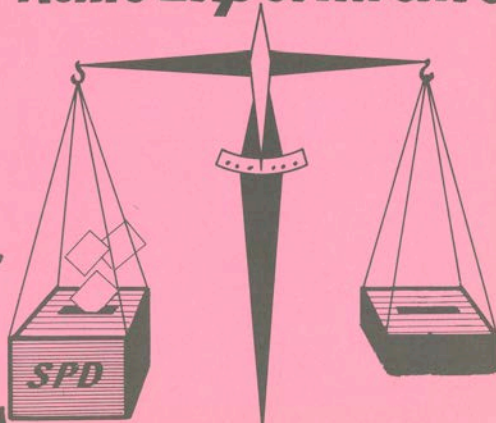
Kommunalwahl 1976

3.10.1976

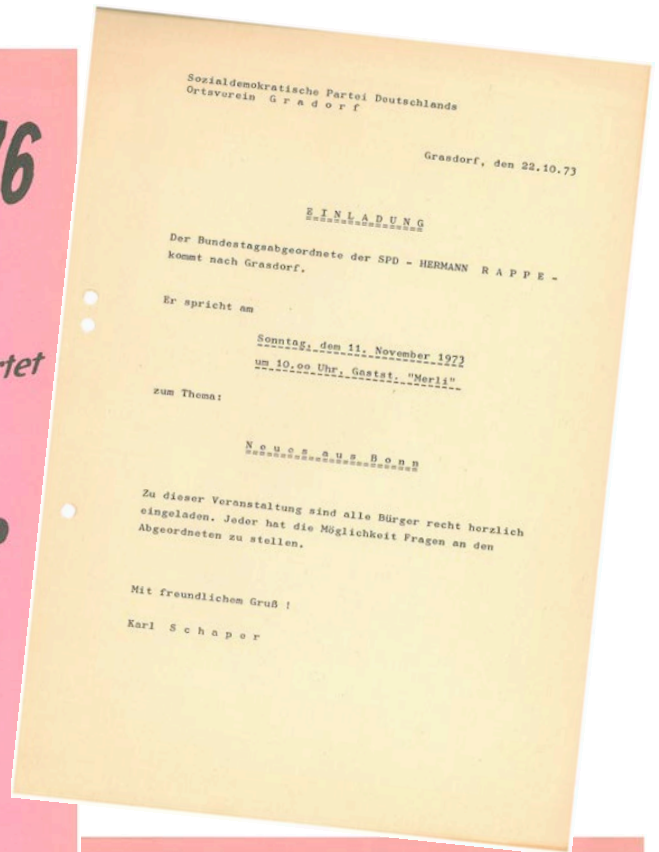
Wer hätte 1964 solch einen
Fortschritt
in 12 Jahren in Grasdorf erwartet

daher
keine Experimente

Weiter
mit



Wilhelm **Buhmann**
und den Kandidaten der SPD



Ihre Stimme entscheidet,
Wir bitten um Ihr Vertrauen:

Wilhelm Buhmann	Bauoberamtsrat	<input type="radio"/>
Karl Schaper	Bundesbahnhauptsekretär	<input type="radio"/>
Wilhelm Burgdorf	Polizeihauptkommissar	<input type="radio"/>
Horst-Günther Bode	Kundendienstmechaniker	<input type="radio"/>
Heidemarie Dose	Realschullehrerin	<input type="radio"/>
Eckhardt Zimmermann	Kraftfahrzeugmechaniker	<input type="radio"/>
Heinz Cammin	Industriearbeiter	<input type="radio"/>
Ewald Burgdorf	Schornsteinfegermeister	<input type="radio"/>
Richard Köhler	Elektriker	<input type="radio"/>

Impressum
SPD-Ortsverein Grasdorf-Luttrum
Sven Wieduwilt
Wiethagen 3
Luttrum
Tel.: 963117
swieduwilt@spd-holle.de